Neustart nach dem Flop

Gesundheitsminister Rösler muss seine Reformpläne erheblich überarbeiten

GUENTHER.WIEDEMANN@MDS.DE

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

Philipp Rösler ist nicht der erste Minister, der die Finanzierung des Gesundheitswesens auf stabilere Beine stellen möchte. Aber der FDP-Politiker agiert dabei so ungeschickt wie kaum einer seiner Vorgänger. Die Einsetzung einer Regierungskommission zur Vorbereitung der von ihm so hartnäckig verfolgten Kopfprämie war ein Flop. Rösler kann noch nicht einmal die eigenen Regierungsreihen überzeugen. Wie will er dann bestehen im Haifischbecken der vielen Lobbyisten des Gesundheitswesens? Auch wenn man einräumen muss, dass die Koalitionskollegen Rösler nach allen Regeln der Kunst demontiert haben – seine Reform-Überlegungen sind derart unzureichend, dass sie völlig zu Recht neue Vorschläge eingefordert haben.

Die Kopfprämie ist damit politisch tot, auch wenn es der Gesundheitsminister nicht wahrhaben will. Diese Uneinsichtigkeit ist nicht verwunderlich, hat er doch vor Monaten sein politisches Schicksal an die Prämie gefesselt. Davon ist jetzt aber nicht mehr die Rede. Der nach der Regierungsbildung als neuer Superstar der FDP gestartete Minister hat noch eine Chance, ein in sich stimmiges und konsensfähiges Konzept vorzulegen. Beides haben seine bisherigen Entwürfe vermissen lassen.

> „Auf bis zu elf Milliarden Euro wird das Defizit der Kassen für 2011 veranschlagt. Jetzt rächt sich die Großzügigkeit der großen Koalition gegenüber Ärzten und Kliniken

Genauso bestürzend ist aber, dass ihn seine Partei hat gewähren lassen. Denn der Gesundheitsminister hat mit seinen bürokratischen und überaus komplizierten Plänen für eine Kopfprämie geradezu beiläufig Grundsätze der Liberalen über Bord geworfen. Erst wollte er Besserverdienende über eine höhere Beitragsbemessungsgrenze zur Kasse bitten. Dann wollte er den Arbeitgeberbeitrag erhöhen. Dabei predigen die Liberalen tagein tagaus, dass diejenigen, die den Karren ziehen, nicht weiter belastet werden dürften. Über diese These lässt sich trefflich streiten, weil starke Schultern bekanntlich mehr tragen können als schwache. Unabhängig davon stellt sich die Frage, wie glaubwürdig Bekenntnisse von Parteien noch sind, wenn ihre Regierungsmitglieder sich darüber hinwegsetzen.

Statt auf Kopfprämien soll Rösler nun seine Finanzierungs-Überlegungen auf höheren Zusatzbeiträgen der Versicherten aufbauen. Für die Kassenmitglieder ist es letztlich egal, wie das Kind heißt. Teurer wird es für die meisten von ihnen auf jeden Fall. Das aber ist nicht primär dem Minister anzulasten. In einer alternden Gesellschaft steigen zwangsläufig die Gesundheitskosten. Deshalb muss vor allem darüber nachgedacht werden, wie die Ausgabenseite beherrschbar bleibt. Ansonsten ist jedes neue Finanzierungskonzept letztlich wirkungslos, weil schon bald überholt. Rösler ist beim Thema Ausgabenbegrenzung mutig gestartet. Zuletzt ist es aber erschreckend ruhig geworden an dieser Front. Das muss sich schleunigst ändern.

Der Handlungsdruck wächst. Auf bis zu elf Milliarden Euro wird inzwischen das Defizit der Kassen für das kommende Jahr veranschlagt. Jetzt rächt sich die Großzügigkeit der großen Koalition gegenüber Ärzten und Kliniken. Philipp Rösler muss nun die Suppe auslöffeln. Erfolg kann er dabei nur haben, wenn er pragmatisch vorgeht und nicht länger wirklichkeitsfremden Ideen nachläuft. Ein Gesundheitsminister macht dann einen guten Job, wenn er vor allem danach trachtet, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv einzusetzen.

Sparklausur der Bundesregierung

Die Suche nach der Balance

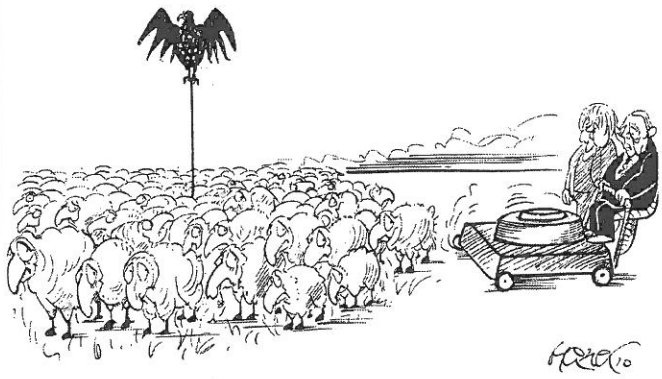
VON MARKUS DECKER MARKUS.DECKER@MDS.DE

Acht Monate nach der Bundestagswahl steht die schwarz-gelbe Koalition an einem neuen Anfang – oder vielleicht kurz vor ihrem Ende. Das lässt sich nirgends besser erkennen als an dem Ringen um die Gesundung der Staatsfinanzen. Da geht es einerseits um das sachlich Gebotene. Die Konsolidierung des Etats 2011 muss spürbar sein, sollte gerecht ausfallen und darf – drittes entscheidendes Kriterium – nicht die Konjunktur abwürgen. Dass die Koalition zwei Augen auf die Sozialausgaben geworfen hat, birgt Sprengstoff. Denn warum eigentlich sollen Hartz-IV-Empfänger für eine Krise zahlen, die Banker verursacht haben? Schon sind Großdemonstrationen angekündigt.

Auf der anderen Seite muss namentlich Kanzlerin Angela Merkel darauf achten, dass der FDP Zumutungen erspart bleiben. Die Liberalen müssen damit leben, dass es keine Steuersenkungen geben wird, dass die Finanzmärkte reguliert werden sollen und der Präsidentschaftskandidat wie selbstverständlich aus der CDU kommt. Ihnen jetzt auch noch Steuererhöhungen unterzujubeln wäre zu viel des Guten. Längst steht Vizekanzler Guido Westerwelle in den eigenen Reihen unter Druck. Kann er keine Erfolge vorweisen, ist er irgendwann weg vom Fenster – und mit ihm die einst gepriesene „Wunschkoalition".

Heute Nachmittag sollen die Ergebnisse der Klausurtagung verkündet werden. Für das Land wie für die Koalition hängt viel davon ab, dass die nötige Balance gefunden wird.

SME01A/2


„Wir versprechen euch, intelligent und gerecht zu scheren . . ." HANEL

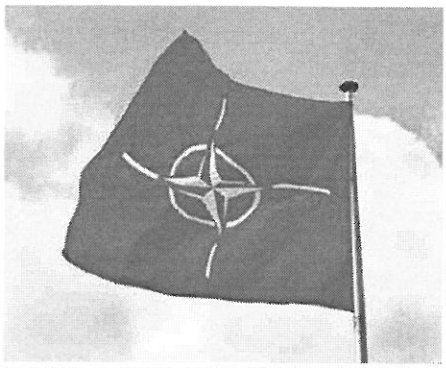
GASTBEITRAG

Allzu viele Gemeinplätze

Der Expertenbericht zur künftigen Nato-Strategie enttäuscht – Für eine Neuordnung der Beziehungen zu Russland fehlen geeignete Vorschläge

VON ULRICH WEISSER

Im April 2009 haben die Staats- und Regierungschefs der Nato beschlossen, dass innerhalb eines Jahres eine kleine Expertengruppe die Grundlagen für ein neues strategisches Konzept erarbeiten soll. Mit Ausnahme der früheren US-Außenministerin Madeleine Albright bestand diese zumeist aus pensionierten Botschaftern. Revolutionäre Ideen und tabufreies Denken waren schon deshalb kaum zu erwarten. Der nun vorgelegte Bericht bestätigt diese Befürchtung. Von deutscher Einflussnahme, das enttäuschende Ergebnis zu verhüten, ist nichts bekannt geworden.


Die Fahne vor dem Nato-Hauptquartier in Brüssel. Das Verteidigungsbündnis sucht nach einer neuen Strategie. BILD: ACTIONPRESS

Der Bericht stellt zwar zu Recht fest, dass die Welt und die Bedingungen für unsere Sicherheit sich seit der letzten Überarbeitung der Bündnisstrategie im Jahre 1999 grundlegend verändert haben. Zu berücksichtigen sind die Folgen des terroristischen Angriffs auf die USA am 11. September 2001, der Krieg in Afghanistan, Piraterie im Indischen Ozean, die iranische Nuklearproblematik und vor allem

> „Die Expertengruppe geht auf den russischen Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur überhaupt nicht ein

auch die Notwendigkeit, die Beziehungen zu Russland grundlegend neu zu ordnen.

Die Experten stellen ihren Vorschlägen die unveränderlichen Werte und Prinzipien der Nato voran – Freiheit und Sicherheit für die Mitglieder zu gewährleisten, die transatlantischen Bindungen zu erhalten, sich ebenso zu kollektiver Verteidigung wie zu einer gerechten Teilung von Lasten und Risiken zu bekennen. Was dann aber als Strategie für die Nato bis zum Jahr 2020 angeboten wird, kommt über Gemeinplätze kaum hinaus und kleistert die fundamentalen Meinungsunterschiede zwischen West- und Osteuropäern über den Umgang mit Russland durch Kompromissformulierungen zu, die eher schädlich sein werden – auch, weil auf den russischen Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur nicht eingegangen wird.

Es wird zwar festgestellt, dass die Allianz sich um ein konstruktives Verhältnis zu Russland bemühen sollte und dass beide keine Bedrohung füreinander darstellen. Aber um den historisch begründeten Ängsten unserer Nachbarn im Osten gerecht zu werden, wird gefordert, dass die Zusammenarbeit mit Russland militärisch abzusichern sei – das heißt nichts anderes als durch Verteidigungsplanung gegen Russland. Die Experten lassen offen, wie denn wohl auf diese Weise Vertrauen entstehen soll. Vertrauen kann dann schon eher durch den Vorschlag des Nato-Generalsekretärs wachsen, dass Russland und das Verteidigungsbündnis gemeinsam eine Abwehr gegen neue Raketenbedrohungen entwickeln und betreiben sollen. Die Experten indes beharren auf unverändert notwendiger nuklearer Abschreckung, wenn auch auf niedrigem Niveau – dies ohne die von Präsident Obama initiierte Dynamik in der nuklearen Abrüstung durch ein Abrüstungskonzept für nukleare Kurzstreckenwaffen zu ergänzen.

Zur künftigen Nato-Erweiterung bleibt der Bericht auf der Linie, Georgien und der Ukraine die Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, obwohl die neue Regierung in Kiew das Thema zu den Akten gelegt und die ukrainische Bevölkerung mit über 70 Prozent dagegen votiert hat. Man muss auch kein strategisches Genie sein, um zu erkennen, welche weitreichenden negativen Konsequenzen ein Nato-Beitritt Georgiens haben würde – für unsere Beziehungen zu Russland, aber auch für die Nato selbst, die sich mit ungelösten territorialen Streitfragen und mit einem Land belasten würde, dass die Nato im Ernstfall gar nicht zu verteidigen bereit wäre.

Für ein möglichst nahes Ende des Krieges in Afghanistan reicht es nicht aus, dass im neuen strategischen Konzept gefordert wird,

> „Die Gefahren im Nahen und Mittleren Osten bedrohen Europa und Russland gleichermaßen

die Allianz müsse dort nunmehr die Bedingungen für Erfolg herstellen. Über einen regionalen Ansatz, der auch die Nachbarstaaten einbezieht, wird ebenso kein Wort verloren wie über die seit Jahren verschleppte Drogenproblematik.

Die Expertengruppe hat eine große Chance vergeben. In ihrem Bericht hätte stehen müssen: Die größten Gefahren sind im Nahen und Mittleren Osten konzentriert und bedrohen Europa und Russland gleichermaßen. Es liegt daher im Interesse Amerikas, Europa und Russlands, sich dieser Herausforderungen gemeinsam anzunehmen.

Unser Autor, geb. 1938, war 1992 bis 1998 als Leiter des Planungsstabes der Chefstratege der Bundeswehr. Zuvor hatte er einen Leitungsposten bei der Nato.

PRESSESCHAU

Die Wahl Joachim Gaucks wäre für die mutlose Taktiererin Merkel ein Rückschlag

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Kommt da der Super-Gauck auf Union und FDP zu? Weil sich Merkel erneut innerparteilichen Zwängen ergeben hat, statt zu führen, machte sie SPD und Grünen viel Platz für einen ziemlich genialen Schachzug: Die Chancen des parteiübergreifend anerkannten Joachim Gauck auf das erste Amt im Staat mögen gering sein. Doch der Hinweis des Ex-Chefs der Stasi-Unterlagenbehörde, er habe schon viel erlebt, das vorher für unmöglich gehalten wurde, ist nicht von der Hand zu weisen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Ein Mann wie Gauck müsste Merkel selbst geradezu wie der ideale Präsident erscheinen, wenn für sie nicht ganz andere Motive zählten. Nicht nur der Spiegel hält ihn für den besseren Präsidenten, auch Blätter, die Merkel gewogen sind, schreiben zu seinen Gunsten. Er entspricht ja auch voll und ganz den Anforderungen, die sie selbst formuliert hatte: ein Kandidat, der über Parteigrenzen hinweg Akzeptanz findet.

Frankfurter Rundschau

Es gibt in den bürgerlichen Parteien viele, die mit Gauck sympathisieren. Freidemokraten wissen, dass sie in der Koalition keinen Blumentopf mehr gewinnen können, warum sollten sie für den blassen Kandidaten der Kanzlerin votieren. Christdemokraten haben in ihm geradezu den Prototypen des Bürgerlichen. Die Klugen unter den Linken wären hoffnungslos verloren, wenn sie sich zum Steigbügelhalter für Wulff machten. Alle jene, die Gauck für den besseren Kandidaten halten, müssen ihn am 30. Juni nur noch wählen und den Deutschen den Präsidenten geben, den sie in der Mehrheit wollen.

Kölner Stadt-Anzeiger
KÖLNISCHE ZEITUNG
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont, Konstantin Neven DuMont, Christian DuMont Schütte.
Chefredakteur: Peter Pauls.
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Burkhard von Pappenheim.
Chef vom Dienst: Björn Schmidt.
Politik: Wolfgang Brüser; Stadtisches: Peter Berger; Sport: Karlheinz Wagner; Kultur: Martin Oehlen; Wirtschaft: Jürgen Sussenburger; Magazin, Panorama: Ismene Poukos; Chefreporter: Harald Bäkup, Petra Pluwatsch; Bezirksausgaben: Ingmar Keller, Produktion: Klaus Schröder.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Parlamentsredaktion: Thomas Kröter (Leitung), Dr. Joch en Lorek, Markus Decker, Stefan Sauer.
DuMont Redaktion gemeinschaft: Brigitte Fehrle (Chefredakteurin), Robert von Heusinger (stellvertretender Chefredakteur).
Berlin: Thomas Wüpper. Düsseldorf: Heinz Tutt, Günther M. Wiedemann (Sozialpolitik).
Chefkorrespondent: Dr. Jan W. Brügelmann.
Auslandsvertretungen: Washington: Dietmar Ostermann; Paris: Axel Veiel, London: Barbara Klimke; Brüssel: Thorsten Knuf, Werner Balsen; Moskau: Christian Esch; Peking: Bernhard Bartsch; Jerusalem: Inge Günther; Rom: Kordula Doerfler; Kopenhagen: Dr. Hannes Gamillscheg; Madrid: Ralph Schulze; Athen: Gerd Höhler; Johannesburg: Dr. Frank Räther; Wien: Norbert Mappes-Niediek; Mexico City: Dr. Klaus Ehringfeld; Bangkok: Willi Germund.
www.ksta.de: Jürgen Ohler.
Verlagsleiter: Stefan Hilscher.
Anzeigenleiter: Karsten Hundhausen.
Leiter Zeitungsverkauf: Uwe Müller.
Verlagsproduktion: Michael Leehr.
Verlag und Druck: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln; Telefax: Redaktion 0221/224 2524; E-Mail: Redaktion-KSTA@mds.de; Postbankkonto Köln Nr. 250505, BLZ 37010050.
– Freitag mit Prisma, Wochenmagazin zur Zeitung.
Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2010 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0180 / 23 03 239, Fax 02 21 / 224-2932
(0,06 €/Gespräch a. d. dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/min.)
Anzeigen-Service
Tel. 0180 / 40 20 400, Fax 02 21 / 224-2491
(0,20 €/Gespräch a. d. dt. Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 0,42 €/min.)
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de